

Deutsche aus Russland fühlen sich hier nicht akzeptiert

Treffen | CDU-Stadtverband tauscht sich mit Landsmannschaft aus / Probleme mit Berufsabschlüssen

Villingen-Schwenningen. »Fast schon Tradition« sei das Treffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ortsgruppe Villingen-Schwenningen, mit dem CDU-Stadtverband VS, hieß Klaus Martin die Gäste willkommen. Insbesondere konnte der CDU-Stadtverbandsvorsitzende auch den Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei sowie den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, Ernst Strohmaier aus Stuttgart, begrüßen.

In einer kurzen Einführung stellte Eugen Lehmann als Vorsitzender die hiesige Ortsgruppe der Landsmannschaft und ihre Aktivitäten vor. Strohmaier erklärte, von den mehr als drei Millionen Deutschen aus Russland seien eine Million in Baden-Württemberg heimisch geworden. Des-

halb belasse die Landsmannschaft auch den Bundesvorsitz in Stuttgart und gehe nicht nach Berlin, teilt die CDU in ihrem Bericht mit.

Früher Sprachprobleme

Nachdem die früheren Probleme vorwiegend die Sprache und die berufliche Integration gewesen seien, sei es heute eher problematisch für die aus Russland Ausgesiedelten, sich hier in das Gemeinwesen zu integrieren. Zum Teil fühlten sie sich hier nicht voll akzeptiert. Beleidigend für sie ist, wenn man sie als Russen bezeichnet, nachdem sie früher in den Ländern der Sowjetunion die Deutschen waren, was dort als Ausgrenzung galt. Es falle schwer, sich aktiv in die neue Gemeinschaft einzubringen, da die Deutschen in Russland »viele Jahrzehnte

in Demut gelebt haben, nur mit dem Vertrauen auf Gott, dass alles einmal besser werde«. Ansonsten hatte man nichts zu sagen in den Ländern der Sowjetunion.

Thorsten Frei betonte, dass mit ihnen Deutsche gekommen seien, um sich hier zu integrieren. Damit sei die Situation eine ganz andere gewesen als bei der derzeitigen Zuwanderung von Flüchtlingen vor allem aus dem vorderasiatischen und afrikanischen Kulturkreis.

Ein Teil der Probleme bei der Anerkennung der Berufsabschlüsse sei leider auch, dass dies in die Kompetenz von 16 Bundesländern falle. Hier zu schnelleren Lösungen zu kommen, liege nicht nur im Interesse der Zugezogenen, sondern auch im Interesse der hiesigen Wirtschaft,

sagte Thorsten Frei.

Eine weitere Tatsache, die von betroffenen Aussiedlern als Kränkung empfunden wird, sei die geringere Rente, die sie in Deutschland bekommen, hieß es bei der Veranstaltung. Die im Bundestag beschlossene Angleichung der Ostrenten (gemeint ist die Rente in der ehemaligen DDR) an die Westrenten ohne gleichzeitig auch die Renten der Aussiedler mit anzugleichen, empfänden viele als Affront. Bayern hatte das zwar beantragt, aber außer von Baden-Württemberg wurde das nur von vier weiteren Ländern unterstützt und hatte somit keinen Erfolg.

Verschiedene Lebensläufe

Die verschiedenen Lebensläufe, die von den Teilnehmern erzählt wurden, erklären

auch, warum manche Gruppen der Aussiedler heute mit Angst in Deutschland leben. Neben sehr guten Erinnerungen an die muslimischen Nachbarn in Tadschikistan, haben andere auch schlechte Erfahrungen in zentralasiatischen Ländern mit Muslimen gemacht und fürchten nun, hier nicht mehr sicher leben zu können.

Doch Thorsten Frei betonte, dass die Regierungen im Land und im Bund alles tun, um die Sicherheit zu erhöhen, zum Beispiel neue Stellen bei der Polizei schaffen, denn »sich sicher zu fühlen ist ein Teil unserer Lebensqualität«.

Als gemeinsamen Appell an die Zuhörer riefen Frei und Strohmaier dazu auf, sich aktiv in Politik und Verbände einzubringen, denn »das trage zum Erfolg eines Landes bei«.